

Takako Ueta

## Japan und die OSZE

### *Japans institutionelle Stellung in der KSZE/OSZE*

Seit dem Gipfeltreffen von Helsinki im Juli 1992 hat Japan an verschiedenen Treffen und Aktivitäten der KSZE/OSZE teilgenommen. Aus folgenden Gründen hat Japan einen besseren Zugang zur KSZE/OSZE als jeder andere nichtteilnehmende Staat: erstens wegen seiner gemeinsamen Wertebasis; zweitens wegen seiner Rolle als "Lieferant weicher Sicherheit" durch seine bedeutenden Beiträge zur Stabilität der OSZE-Region; drittens durch seine direkten legitimen Sicherheitsinteressen in der OSZE, da Japan in einer angrenzenden Region gelegen ist.

Die Gipfelerklärung von Helsinki enthält den folgenden Abschnitt über nichtteilnehmende Staaten: "Wir haben den Dialog mit nichtteilnehmenden Staaten ausgeweitet und sie eingeladen, sich auf selektiver Grundlage an unseren Aktivitäten zu beteiligen, wenn sie einen Beitrag leisten können."<sup>1</sup> Der zweite Teil des Gipfeldokuments, die "Beschlüsse von Helsinki", definiert die Einzelheiten der Beziehungen mit Japan und schafft dabei einen dauerhaften institutionalisierten Rahmen: "In Übereinstimmung mit Ziffer 45 des Prager Dokuments beabsichtigen die Teilnehmerstaaten, ihre Zusammenarbeit zu vertiefen und gehaltvolle Beziehungen mit nichtteilnehmenden Staaten wie etwa Japan zu entwickeln, die sich für die KSZE interessieren, ihre Prinzipien und Zielsetzungen teilen und sich in entsprechenden Organisationen aktiv an der europäischen Zusammenarbeit beteiligen. Zu diesem Zweck wird Japan eingeladen, KSZE-Treffen beizuwohnen, einschließlich der von Staats- und Regierungschefs, des KSZE-Rates, des Ausschusses Hoher Beamter und anderer geeigneter Gremien, die spezifische Themen der erweiterten Konsultationen und Zusammenarbeit erörtern. Vertreter Japans können, ohne an der Vorbereitung und Annahme von Beschlüssen mitzuwirken, bei solchen Treffen Beiträge zu Themen leisten, an denen Japan direkt interessiert ist und/ oder zu denen es aktiv mit der KSZE zusammenzuarbeiten wünscht."<sup>2</sup>

Seit dem institutionellen Wandel der KSZE wurde Japan zur Teilnahme an verschiedenen Treffen eingeladen, einschließlich solcher des Hohen Rates, des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation, ebenso zu

---

<sup>1</sup> Helsinki-Dokument 1992, Gipfelerklärung von Helsinki, Helsinki, 10. Juli 1992, in: Ulrich Fastenrath (Hrsg.), KSZE. Dokumente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Neuwied/Berlin 1992, Losebl.-Ausg., Kap. B.4, S. 11.

<sup>2</sup> Helsinki-Dokument 1992, Beschlüsse von Helsinki, Helsinki, 10. Juli 1992, in: ebenda, Kap. A.6, S. 25-26.

Gipfeltreffen, Überprüfungskonferenzen, Vorbereitungstreffen sowie solchen des Ministerrates und zu Seminaren. Der Beschluß von Helsinki ermöglicht es Japan auch, den Prozeß der Ausarbeitung von Dokumenten zu beobachten und zu verfolgen, da Japan ohne jede Information seine vitalen Interessen nicht vertreten und keinen Beitrag zur OSZE leisten kann. Der Helsinki-Beschluß versetzt Japan in die Lage, seine Ansichten darzulegen. Japan verfolgte daher den formellen Prozeß der Ausarbeitung aller Dokumente der Arbeits- und Textentwurfgruppen und im Ausschuß der Gipfel- und anderer Treffen, einschließlich derjenigen des Ministerrates und des Ausschusses Hoher Beamter (AHB) bzw. des Hohen Rates, wie der AHB seit 1995 heißt.

Bei der Ausarbeitung der "Japan-Formel" des Folgetreffens von Helsinki gründete sich der Konsens über den entsprechenden Abschnitt auf eine Formulierung der USA und Großbritanniens vom 6. Juli 1992. Ende Juni hatten die USA die neue Kategorie einer "assozierten Mitgliedschaft" vorgeschlagen. Die Vereinigten Staaten befürworteten nachhaltig, eine Formel zu finden, die Japan die Teilnahme an der KSZE ermöglichte, ohne den Zusammenhalt der KSZE dadurch zu verwässern, daß eine unbegrenzte Anzahl von Ländern von außerhalb des KSZE-Gebietes eingeladen würde. Daher schlugen die USA vor, das Kriterium der Mitgliedschaft in der OECD sowie weitere geeignete Kriterien einzuführen, um die Zahl der Kandidaten für engere Beziehungen zu begrenzen.

Die USA schlugen vor, daß Japan an folgenden KSZE-Treffen teilnehmen sollte: an Gipfeltreffen und solchen des Ministerrates auf Ebene der Außenminister, wobei Japan dort Rederecht eingeräumt werden sollte; an Treffen des Ausschusses Hoher Beamter auf der Ebene Hoher Beamter, wobei der Vorsitzende Japan zu Wortmeldungen einladen können sollte; an Folgetreffen, einschließlich der formellen Plenar- und der Arbeitsgruppensitzungen, auf der Ebene Hoher Beamter oder darunter und mit dem Recht zur Teilnahme an den Diskussionen; an der Arbeit des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) und des Konfliktverhütungszentrums (KVZ), auf der Ebene Hoher Beamter oder darunter, wobei der Vorsitzende Japan zur Wortmeldung einladen können sollte. Der US-Vorschlag erläuterte den Grund, warum Japan zur Teilnahme eingeladen und das Rederecht haben sollte, folgendermaßen: Der Zweck, daß Japan seine Beziehungen zur KSZE formalisiere, liege darin, Informationen zu liefern und in KSZE-Fragen, die Japan betreffen, Gehör zu finden. Japans Beteiligung sei auf die Sachdiskussion begrenzt und schließe nicht die Teilnahme an der Beschlußfassung ein.

Auch die EG-Mitgliedsländer unterbreiteten Vorschläge für die Beziehungen der KSZE zu nichtteilnehmenden Staaten. Der erste Entwurf der EG vom 6. Mai 1992 sprach sich für einen neuen Status für Japan aus, der sich

von dem der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten, wie er in den Schlußempfehlungen der Helsinki-Konsultationen von 1973 definiert wurde, unterscheidet. Insofern verfolgten die USA und die EG den gleichen Ansatz. Der erste Entwurf der EG-Staaten lautet folgendermaßen: "(Nichtteilnehmende Staaten, die) die Ideale, Standards und Ziele der KSZE teilen, einschließlich der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, und die in der Nachbarschaft des KSZE-Gebiets gelegen sind, haben Interesse an einem engen, dauerhaften Dialog mit den KSZE-Teilnehmerstaaten gezeigt, insbesondere durch die gemeinsame Mitgliedschaft in den relevanten Institutionen und Organisationen." Nach diesem Vorschlag hätte Japan auf Ad-hoc-Basis eingeladen werden können, Beiträge zu künftigen Aktivitäten, einschließlich Folgetreffen und anderen Treffen, zu leisten. Der Vorschlag bestimmte als Kanal für den regelmäßigen Informationsaustausch den Amtierenden Vorsitzenden des Rates oder des AHB, die KSZE-Institutionen und Japan, die "die zeitgerechte Notifizierung offizieller KSZE-Dokumente und einen Austausch anderer wichtiger Dokumentation"<sup>3</sup> sichern könnten.

Der Unterschied zwischen den japanischen Vorstellungen und dem EG-Vorschlag bestand darin, daß letzterer die japanische Beteiligung auf einer Ad-hoc- und Einladungsbasis vorsah, während die US-amerikanische Idee eine dauerhafte japanische Beteiligung sicherstellte. Der überarbeitete EG-Vorschlag veränderte diesen Punkt folgendermaßen: "Die genannten Staaten könnten als Sondergäste zu Gipfel- und Ratstreffen eingeladen werden und in dieser Eigenschaft in angemessener Form Beiträge zu künftigen KSZE-Aktivitäten, einschließlich Folgetreffen und spezialisierter Foren im Rahmen des AHB, leisten."<sup>4</sup>

Das oben zitierte endgültige Ergebnis dieser Verhandlungen schuf einen neuen Status für Japan, der sich von dem der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten unterscheidet. Die Idee der KSZE, die Beziehungen zu nichtteilnehmenden Staaten zu vertiefen und zu erweitern, läßt sich bis zur Pariser Charta von 1990 zurückverfolgen, deren Abschnitt "Die KSZE und die Welt" die Ansicht zum Ausdruck bringt: "Wir sind bereit, die gemeinsamen Anstrengungen zur Förderung der Gesamtheit der grundlegenden menschlichen Werte mit allen und mit jedem einzelnen dieser Staaten zu tragen."<sup>5</sup> Die Teilnehmer des Berliner Ratstreffens vom Juni 1991 legten Wert darauf, "daß die KSZE offenbleiben muß für Dialog und Zusammenarbeit mit der übrigen Welt, und nahmen das Interesse anderer Länder an der KSZE zur

---

<sup>3</sup> CSCE/HM/WG1/6.

<sup>4</sup> CSCE/HM/WG1/6/Rev. 1.

<sup>5</sup> Charta von Paris für ein neues Europa, Paris, 21. November 1990, in: Fastenrath (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 1), Kap. A.2, S. 7.

Kenntnis."<sup>6</sup> Sie beauftragten den AHB, dem folgenden Ratstreffen zu berichten. Auf dem Berliner Ratstreffen legte der Außenminister Italiens, Gianni de Michelis, einen Vorschlag vor, Japan in die KSZE einzubeziehen.<sup>7</sup> Ende Oktober 1991 brachte Italien einen Vorschlag zur Aufnahme eines Dialogs mit Japan im AHB in Umlauf. Das Prager Ratstreffen Ende Januar 1992 kam zu der Schlußfolgerung, das Folgetreffen von Helsinki zu ersuchen, "Empfehlungen über praktische Wege zur Einrichtung eines flexiblen Dialogs"<sup>8</sup> zu erarbeiten. Die Aufnahme des Dialogs mit Japan wurde von zahlreichen Ländern nachhaltig unterstützt, so z.B. vom tschechischen Präsidenten Havel in seiner Erklärung auf dem Treffen des Ministerrats in Prag.<sup>9</sup> Dasselbe wurde von vielen Staatsmännern, darunter der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der US-amerikanische Außenminister James Baker, der russische Außenminister Andrej Kosyrew und der österreichische Außenminister Alois Mock, in bilateralen Gesprächen mit Japan zwischen Februar und April 1992 deutlich gemacht.

### *Japans Interessen in der OSZE*

Die Errichtung einer direkten Verbindung zwischen der OSZE und Japan ist Teil der Strategie Japans, nach dem Ende der militärischen Ost-West-Konfrontation in Europa die Beziehungen zu Europa und mit europäischen und transatlantischen Institutionen zu stärken. Während der Zeit des Kalten Krieges war Japan nicht in politische und Sicherheitsberatungen über Europa einbezogen, mit Ausnahme seiner Mitgliedschaft in der G-7. Demgegenüber nahm Japan in den zwanziger Jahren als Mitglied des Rats des Völkerbundes an verschiedenen Aktivitäten friedlicher Streitschlichtung teil, so z.B. in der Frage Oberschlesiens.

Nach den dramatischen Veränderungen in Europa 1989 wurde Japan gebeten, als Mitglied der G-7 zu den Reformen und zum Wiederaufbau in Mittel- und Osteuropa, der ehemaligen UdSSR und dem früheren Jugoslawien beizutragen. Japan hat zu diesem Prozeß des Wiederaufbaus über die G-24, die OECD, die EBRD und über bilaterale Zusammenarbeit Beiträge geleistet. Um dies tun zu können, mußte Japan mit der Situation vor Ort

---

<sup>6</sup> Zusammenfassung der Schlußfolgerungen des Rates der KSZE (Berliner Treffen), Berlin, 20. Juni 1991, in: Fastenrath (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 1), Kap. C.1, S. 4.

<sup>7</sup> Zu weiteren Einzelheiten siehe: Takako Ueta, Japan and the CSCE, in: Michael Lucas (Hrsg.), *The CSCE in the 1990s*, Baden-Baden 1993, S. 209-212.

<sup>8</sup> Prager Dokument über die weitere Entwicklung der KSZE-Institutionen und -Strukturen, Prag, 30. Januar 1992, in: Fastenrath (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 1), Kap. A.5, S. 10.

<sup>9</sup> Vgl. Statement by H. E. Vaclav Havel, President of the Czech and Slovak Federal Republic at the Second Meeting of the Council of Ministers for Foreign Affairs of the CSCE, Prague, 30 January 1992.

vertraut sein und in die politischen Beratungen einbezogen werden.

Der zweite Grund besteht darin, daß Japan legitime Sicherheitsinteressen im OSZE-Gebiet hat, da es in einer angrenzenden Region gelegen ist. Jeder rüstungskontrollpolitische Rahmen, einschließlich vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM), und jeder regionale Konflikt in Japans Nachbarschaft innerhalb der OSZE könnten Japans Sicherheitsinteressen berühren. Ein Beispiel ist das Anwendungsgebiet der VSBM. Nach Angaben der vom National Institute for Defense Studies herausgegebenen *East Asian Strategic Review* wurde nach dem KSE-Vertrag (Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa) begrenztes Gerät in Gebiete östlich des Ural verlegt, was zu einer Modernisierung der russischen Streitkräfte im Fernen Osten führte.<sup>10</sup>

Die wachsende Bedeutung Europas und europäischer Länder in der internationalen Politik hat zu einer Intensivierung des Dialogs zwischen Japan und Europa geführt. Nach 1989 stärkte Japan den Dialog mit der EG durch die Erklärung von Den Haag (Gemeinsame Erklärung zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und Japan).<sup>11</sup> Neben der Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu europäischen Ländern errichtete und stärkte die Erklärung von Den Haag einen strukturierten Konsultationsrahmen, einschließlich eines jährlichen Gipfeltreffens zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Präsidenten der Kommission und dem japanischen Premierminister, und weitete darüber hinaus die Kooperationsbeziehungen aus. Die NATO und Japan veranstalten seit 1990 alle zwei Jahre Seminare, an denen auch Wissenschaftler teilnehmen, und halten ebenfalls im Zwei-Jahres-Rhythmus Beratungen auf der Ebene hoher Beamter ab. Beim Europarat erhielt Japan Beobachterstatus, was ihm die Möglichkeit gab, in umfassender Weise auf Expertenebene an verschiedenen Treffen teilzunehmen.

Was Sicherheitsfragen betrifft, so führt Japan seit November 1990 bilaterale politische und militärische Gespräche mit Großbritannien, mit Deutschland und Frankreich seit Juni 1994. 1996 wurden neben der Gemeinsamen Presseerklärung des fünften Gipfeltreffens zwischen Japan und der EU im September in Tokio drei Partnerschaftsdokumente erstellt: die "Agenda für die japanisch-deutsche Partnerschaft" im Mai; die "UK/Japan Action Agenda: Special Partnership around the World" im September und "France-Japon 20 Actions pour l'An 2000" im November.

---

<sup>10</sup> Vgl. The National Institute for Defense Studies (Hrsg.), *East Asian Strategic Review* 1996-1997, Tokio 1997, S. 129-130 (in japanischer Sprache).

<sup>11</sup> Vgl. Joint Declaration on Relations between Japan and the European Community and its Member States, 18 July 1991.

Diese Dokumente benennen konkrete Kooperationsbereiche. Das französisch-japanische Dokument z.B. wurde anlässlich des offiziellen Besuchs des französischen Präsidenten Chirac herausgegeben und legt regelmäßige und häufigere Konsultationen fest, so ein Gipfeltreffen wenigstens einmal jährlich, Außenministertreffen zweimal jährlich sowie Treffen der politischen Direktoren der beiden Außenministerien zweimal jährlich zum Zweck politischer Konsultationen, vor allem über Asien, Rußland, den Nahen Osten, Afrika, die VN und Abrüstungsfragen. In diesem Dokument begrüßt Frankreich auch Japans Interesse an der OSZE und unterstützt seine wachsende Rolle in der Organisation.<sup>12</sup>

Was das britische Dokument betrifft, so "erkennt die britische Regierung den wichtigen Beitrag an, den Japan zur Stabilität in Europa, einschließlich Bosniens und der Ukraine, leisten kann und unterstützt Japans Wunsch, in die entsprechenden europäischen Sicherheitsforen in vollem Umfang einbezogen zu werden". Weiter wird festgestellt, daß die britische Regierung von Anfang an Japans Teilnahme an der KSZE unterstützt hat.<sup>13</sup>

Die OSZE ist das einzige Forum, in dem Japan Tag für Tag direkten Zugang zu Informationen über die europäische Sicherheit hat. Der strukturierte Dialog mit der EU oder größeren europäischen Ländern bietet hingegen nicht die tägliche Information, die für Japans Entscheidungsfindung über Beiträge für die mittel- und osteuropäischen Länder, die GUS-Länder oder Bosnien unverzichtbar ist.

Für Japan ist die Teilnahme an der OSZE keine Frage des Prestiges. Japan hatte niemals einen gemeinsamen OSZE-Ansatz mit Südkorea. Südkorea hat wiederholt erklärt, daß es aus den Erfahrungen der OSZE lernen will, um sie auf die koreanische Halbinsel anzuwenden. Diesen Modell-Ansatz hat Japan niemals gewählt. Der Grund, warum Japan die Einrichtung eines institutionalisierten Dialogs mit der OSZE wollte, war die Notwendigkeit, direkt in den politischen Prozeß in Europa einbezogen zu werden.

#### *Japan als "Lieferant weicher Sicherheit" für das OSZE-Gebiet*

Japan ist de facto Lieferant weicher Sicherheit für das Gebiet der OSZE; das bedeutet, daß Japans verschiedene nichtmilitärische Beiträge für Mittel- und Osteuropa, die ehemalige UdSSR und das frühere Jugoslawien dort Stabilität schaffen. Unter den nichteuropäischen und nichtamerikanischen Mächten, die etwas für diese Länder leisten, steht Japan an erster Stelle.

---

<sup>12</sup> Vgl. France-Japon 20 Actions pour l'An 2000, Tokyo, le 18 novembre 1996.

<sup>13</sup> UK/Japan Action Agenda: Special Partnership around the World, 2 September 1996.

Japans Beitrag ist hauptsächlich reaktiv in dem Sinne, daß Japan als wirtschaftlicher Riese seinen fairen Anteil beisteuern muß. Dies spiegelt nicht Japans Wirtschaftsinteressen in dieser Region wider, da die japanischen Firmen mit dieser Region nicht vertraut sind und Japan seine Handelspartner im asiatisch-pazifischen Raum hat.

Nach Deutschland und den USA ist Japan, gemessen an seinen Verpflichtungen, die Nummer drei bei den verschiedenen Hilfsprogrammen für Rußland. Japan zahlt insgesamt mehr als 4,5 Milliarden US-Dollar für humanitäre und technische Hilfe, um den Übergang zur Marktwirtschaft zu erleichtern, sowie für nicht rückzahlbare Hilfen zur Zerstörung der Atomwaffen. Zum Januar 1996 hatte Japan auf Verpflichtungsbasis 6,3 Milliarden US-Dollar für die GUS-Staaten aufgewendet.

Für die mittel- und osteuropäischen Länder hat Japan nach den Daten vom Juni 1996 auf Verpflichtungsbasis rund 5,7 Milliarden US-Dollar aufgebracht. Dies umfaßt nicht rückzahlbare Hilfen (ungefähr zwei Milliarden US-Dollar), zu denen verschiedene technische und Nahrungsmittel-Hilfsprogramme gehören, sowie Kredite (3,7 Milliarden US-Dollar). Diese Daten schließen nicht die drei baltischen Staaten ein, denen Japan 200 Millionen US-Dollar in Anleihen und verschiedene technische Hilfsprogramme zugesagt hat.

Japan hat den Friedensschluß in Jugoslawien und den Rehabilitationsprozeß nach Beendigung des Krieges als Gelegenheit zur Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft gesehen, obwohl dieser Konflikt keine direkten sicherheitspolitischen oder wirtschaftlichen Implikationen für Japan hat. Während des Krieges und der Friedensverhandlungen bis November 1995 trug Japan etwa 650 Millionen US-Dollar zu den friedenserhaltenden Maßnahmen der UN bei und etwa drei Millionen US-Dollar zu der Minenräumaktion der UNPROFOR. Für die Verwaltungskosten der Friedenskonferenz und die Beobachtungsmission an der Grenze zwischen Bosnien und dem neuen Jugoslawien wendete Japan eine Million US-Dollar auf, für humanitäre und Flüchtlingshilfe ungefähr 180 Millionen US-Dollar bis November 1995. Für Zwecke präventiver Diplomatie gewährte Japan Mazedonien eine Beihilfe und Albanien einen Kredit.

Für den Rehabilitationsprozeß nach Beendigung des Krieges in Bosnien machte Japan feste Zusagen über 500 Millionen US-Dollar für den Zeitraum von 1996 bis 1999, von denen es 1996 mindestens 130 Millionen bereitstellte. Für die Wahl im September 1996 zahlte Japan zwei Millionen US-Dollar und eine weitere Million für die Unterstützung unabhängiger Medien. 80 Millionen US-Dollar gab Japan 1996 für die Repatriierung von Flüchtlingen aus. Bei der Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton trug Japan mit 2,54 Millionen US-Dollar zu den Verwaltungsko-

sten des Büros des Hohen Vertreters bei sowie mit 14,36 Millionen US-Dollar zur UN-Mission.

Seit Februar 1996 stellt Japan zwei Mitarbeiter des Büros des Hohen Vertreters, im Rahmen der OSZE weitere sieben Experten für die OSZE-Langzeitmissionen, die "Spillover"-Überwachungsmission der OSZE für Skopje und die OSZE-Mission für Bosnien und Herzegowina. Für diese Missionen hat Japan Kommunikationsmöglichkeiten per Satellit bereitgestellt. Zu den Wahlen in Bosnien entsandte Japan 29 Überwacher und fünf Beobachter.

Auf dem OSZE-Wirtschaftsforum im Juni 1996 machte Japan klar, daß "in der Erkenntnis, daß Stabilität und stetige wirtschaftliche Entwicklung untrennbar sind, Japan die Hilfe der OSZE für die Transformation der mittel- und osteuropäischen Länder und der der früheren Sowjetunion in Marktwirtschaften unterstützt".<sup>14</sup> Zum Zwecke der Umwandlung und Demokratisierung dieser Länder hat die OSZE verschiedene Seminare organisiert, zu denen Japan Experten geschickt hat, einschließlich des Seminars über "Kleine und Mittlere Unternehmen" in Kirgisistan im Februar 1994, des Seminars über "Umwelt und Wirtschaft" in Estland im September 1994, des Seminars über Minderheiten im Mai 1995 in Kirgisistan, des Seminars über die "Sanierung der Umwelt" im Oktober 1995 in Usbekistan und des Seminars über Rechtsstaatlichkeit im November 1995 in Warschau. Dazu steuerte Japan mehr als 70.000 US-Dollar bei. Zu den Verwaltungskosten der OSZE trägt Japan seit 1995 jährlich 300.000 österreichische Schilling bei. Im Rahmen des Europarats hat Japan elf Experten zu verschiedenen Seminaren entsandt und seit 1993 ebenfalls finanzielle Hilfe angeboten. Schließlich hat Japan sich am Programm zur Unterstützung der Demokratisierung der Ukraine seit 1995 beteiligt.

#### *Auf dem Weg zu einer fruchtbareren Zusammenarbeit*

Unter den "Kooperationspartner"-Ländern hebt sich Japan wegen seiner internationalen Verantwortung, seiner Beiträge zur OSZE, seiner engen Beziehungen mit den OSZE-Ländern, aber auch wegen seiner direkten Sicherheitsinteressen in der OSZE-Region hervor. Ebenso ist Japan dadurch herausgehoben, daß es dieselben Werte mit der OSZE teilt. Japan stellte niemals eine militärische Sicherheitsbedrohung für die OSZE-Länder dar. Seit 1992 hat Japan niemals die OSZE-Aktivitäten durch die Einführung von "Out-of-area"-Themen gefährdet, die die Konzentration der OSZE auf Europa abschwächen könnten.

---

<sup>14</sup> REF.SC/108/96, 29 March 1996, Japan and Economic activities of the OSCE.

Seit 1994 hat die OSZE ihre Beziehungen zu Japan gleichwohl nicht erfolgreich genutzt, vor allem weil der Geist der Beschlüsse von Helsinki 1992 nicht vollständig umgesetzt wurde. Zum Beispiel wurde Japan beim Budapester Gipfeltreffen aufgefordert, einen "schriftlichen" Beitrag einzureichen, was für keine Delegation zufriedenstellend ist. Sogar vor der Einrichtung seines institutionellen Status war Japan zu einem Redebeitrag auf dem Gipfeltreffen von Helsinki eingeladen worden. Während des Lissabonner Vorbereitungstreffens stellte ein Land Japans Präsenz in den formellen Textentwurfgruppen und im Ausschuß als solchem in Frage, obwohl Japan bereits in Budapest während des gesamten formellen Entwurfsprozesses und bei anderen Gelegenheiten zugegen gewesen war. Es scheint eine wachsende Inkonsistenz zu geben, die der Verbesserung der Zusammenarbeit nicht förderlich ist. In dieser Hinsicht ist die "Verknüpfungs-Taktik", die auf eine Aufwertung des Status und des Zugangs der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten zielt und diese gegen Japans Status ausspielt, nicht konstruktiv.

Der Status Japans und der anderer nichtteilnehmender Staaten waren von Anfang an unterschiedlich, und es gibt gute Gründe dafür, unterschiedliche Kategorien zu haben. Es gibt keinen Grund, eine einzige Kategorie zu bilden. Wenn ein Land Japans Beteiligung blockiert, so heißt dies nicht, daß die Teilnehmerstaaten anderen nichtteilnehmenden Ländern einen besseren Zugang sichern werden. Ein solcher sollte durch Konsens unter den Teilnehmerstaaten erreicht werden und hat nichts mit Japans Status zu tun. Wenn ein Land die Beteiligung Japans blockiert, so kann dies Japans Beitrag zur OSZE gegen seinen Willen gefährden. Die Bildung einer asiatischen Gruppe ist gegenwärtig keine Lösung, da Japan und Südkorea nichts miteinander gemein haben. Der Grund, warum Japan die Einrichtung eines institutionalisierten Dialogs mit der OSZE wünschte, war die Notwendigkeit, in den politischen Prozeß in Europa einbezogen zu werden. Die Interessen der beiden Länder, Japan und Südkorea, an der OSZE sind zu unterschiedlich, um ihre Teilnahme an demselben Treffen zu rechtfertigen. Ein Dialog zwischen dem ASEAN Regional Forum (ARF) und der OSZE ist verfrüht, da kein Land das ARF vertreten kann. Es wäre ein rein zeremonielles Treffen. Statt dessen begann im März 1996 in Bangkok der ASEM-Prozeß (Asia-Europe Meeting). Die EU- und die ASEAN-Länder sowie Japan, China und Südkorea treffen sich auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der der Staatschefs, zum Meinungsaustausch u.a. über Sicherheitsfragen.

Fruchtbarere Formen von Austausch und Zusammenarbeit können durch eine direkte Beteiligung erreicht werden. Von den OSZE-Ländern sind die USA, Rußland, Kanada und die EU Vollmitglieder des ARF. Japan und Südkorea, die ebenfalls Vollmitglieder des ARF sind, haben unterschied-

lichen Status in der OSZE. Durch diesen Kanal können beide Institutionen von den Erfahrungen der jeweils anderen profitieren. Das ist der Weg, die Zusammenarbeit voranzubringen.

Sicherheit ist unteilbar. Selbst wenn die OSZE innere Sicherheit erreicht hätte, könnten Instabilitäten in angrenzenden Gebieten die Sicherheit der OSZE berühren. Gleichermaßen gilt, daß Instabilitäten in OSZE-Teilnehmerstaaten die Sicherheit angrenzender Länder beeinträchtigen könnten. Um die Stabilität zu erhöhen, ist diesbezüglich die Anwendung von OSZE-Prinzipien, -Praktiken und -Mechanismen der Konfliktprävention und der friedlichen Beilegung von Vor-Konfliktsituationen und Konflikten zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten und nichtteilnehmenden Nachbarländern wünschenswert, wenn die Parteien zustimmen. Es gibt keinen Grund, den Erfahrungsschatz der OSZE nicht für ihre Nachbargebiete zu nutzen. Bestimmte Maßnahmen der in der OSZE entwickelten VSBM könnten auf Nachbarländer der OSZE ausgedehnt werden. Der Informationsaustausch ist allerdings nicht anwendbar, da er ein klar umrissenes geographisches Gebiet abdeckt und die spezifische Sicherheitssituation im OSZE-Raum widerspiegelt. Nützliche Bereiche sind "Risikominderung", "Kontakte" und "Kommunikation". Die OSZE-Länder verfügen über ein computergestütztes Kommunikationsnetz, das zum Zwecke der Risikoverminderung ihre Nachbarländer einbeziehen könnte. Der Austausch militärischer Information sollte jeweils zwischen einem OSZE-Land und seinem direkten Nachbarn durchgeführt werden. Zum Beispiel einigten sich Japan und Rußland darauf, VSBM auszuarbeiten. Rußland, China, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan unterzeichneten im April 1996 ein Grenzabkommen über vertrauensbildende Maßnahmen im Militärbereich. Der Open Skies-Vertrag ist zwar kein OSZE-Produkt, jedoch könnten künftig Nachbarländer eingeladen werden, sich ihm anzuschließen. Diese Ideen könnten in die Diskussion über das Sicherheitsmodell eingeführt werden.

Der stellvertretende Außenminister Japans, Shunji Yanai, gab auf der Sitzung des Ständigen Rates am 6. März 1997 eine Erklärung ab, in der er die Aufmerksamkeit auf Japans Beitrag und seinen besonderen Status lenkte. Nachdem er Japans Beitrag zu Bosnien und Herzegowina erläutert hatte, stellte er fest: "Wir wollen die Wirkung unserer Zusammenarbeit durch engere und stabilere Verbindungen mit der OSZE maximieren (...) Heute möchte ich darauf drängen, daß unsere Teilnahme an allen formellen Treffen der OSZE in vollem Umfang gesichert wird, wie es in diesem Beschluß (dem Beschluß des Gipfeltreffens von Helsinki, d.Verf.) vorgesehen ist, und daß unser Wunsch nach engeren Verbindungen in den internen Diskussionen über den Status der 'Kooperationspartner-Staaten' in Betracht gezogen wird. Ich wage zu wiederholen, daß Japan die grundlegenden Werte der OSZE in vollem Umfang teilt und zu ihren Aktivitäten bedeutende

Beiträge geleistet hat. Ich hoffe, daß die Teilnehmerstaaten diese Tatsachen nicht aus den Augen verlieren werden."<sup>15</sup> Die OSZE-Teilnehmerstaaten werden aus der Beteiligung Japans mehr Nutzen ziehen können, wenn sie einen konkreten und einzigartigen Status für Japan finden.

---

<sup>15</sup> REF.PC/139/97, 7 March 1997, Statement by Mr. Shunji Yanai, Deputy Foreign Minister of Japan at the meeting of the Permanent Council, March 6, 1997.